

Theodor Rathgeber
Adivasi-Koordination in Deutschland e.V.
Adivasi.koordination@gmx.de

Zur Lage der Menschenrechte in Manipur

Der indische Bundesstaat Manipur befindet sich im äußersten Nordosten Indiens, an der Grenze zu Myanmar. Manipur ist seit der Unabhängigkeit durch bewaffnete Konflikte gekennzeichnet, die den Alltag in der gesamten Region prägen. Die Armut wird durch die regionalen staatlichen Institutionen wenig bekämpft, obwohl die indische Unionsregierung vergleichsweise hohe Fördermittel in die Region vergibt. Diese versickern jedoch in einer aufgeblähten Bürokratie und in der Korruption. Die lokale Bevölkerung erlebt ihre Lage als eine neue Form der Kolonisierung durch den indischen Nationalstaat, da sie vom geförderten Reichtum nur Bruchteile oder gar nichts zu sehen bekommt. Nicht zuletzt deshalb haben Sezessionsbestrebungen eine lange Geschichte. Viele bewaffnete Aufständische kämpfen gegen die Regierung des Bundesstaates, gegen die indische Unionsregierung, aber auch gegeneinander, so dass eine komplexe Bürgerkriegssituation entstanden ist, die ziviles Handeln enorm erschwert, an manchen Stellen unmöglich macht. Die indische Armee ist massiv präsent und handelt unter dem Sonderermächtigungsgesetz des *Armed Forces (Special Powers) Act*, AFSPA. Die Lage der Menschenrechte ist katastrophal.

Es liegen von lokalen Menschenrechtsorganisationen, *Amnesty International*, *Human Rights Watch* und dem *Asian Legal Resource Centre* gut recherchierte Berichte vor, denen zufolge die Landesregierung und vor allem die Sicherheitskräfte in Manipur für extralegale Tötungen, willkürliche Verhaftungen und Exzesse sexueller Gewalt verantwortlich sind. Ebenso gibt es immer wieder Todesfälle während der Haft, die ungeklärt bleiben - so der Fall von *L. Bimolchandra* in *Changangai* im Juli 2007. Systematisch von Verfolgung bedroht sind Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger. Der jüngste Fall heißt *Jiten Yumnam*, der sich für die Aufklärung eines an einem jungen Mann durch Sicherheitskräfte 2009 auf offener Straße begangenen Mordes einsetzte. Der Fall von *Chungkham Shanjit* wird unten näher dargestellt.

Besonders schockierend sind in jüngerer Zeit die Morde an Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die Beobachtungen lokaler Menschenrechtsorganisationen und öffentlich zugängliche Dokumentationen legen den beunruhigenden Schluss nahe, dass es sich um systematisch begangene Morde an jungen Leuten handelt, die dem Staat und paramilitärischen Gruppen verdächtig scheinen, vor allem aber wegen ihres zivilgesellschaftlichen Engagements unbequem geworden sind. In der Vergangenheit wurden extralegale Tötungen als Ergebnis der bewaffneten Auseinandersetzungen mit ‚Aufständischen‘ deklariert, und der AFSPA verhinderte die juristische Aufklärung. In jüngerer Zeit sterben die Opfer häufig im Rahmen von Polizeiaktionen unter Beteiligung von Militärs und zivilen Polizisten.

Im Juli 2009 wurde Herr *Chungkham Shanjit* von einem Polizeikommando (*Rapid Action Police Force*) auf dem *Khwairamband Bazaar* in Imphal quasi vor laufender Kamera exekutiert. Die in New Delhi herausgegebene Wochenzeitschrift *TEHELKA* hatte Photos auf ihrer Website veröffentlicht, die den Vorgang zweifelsfrei dokumentierten. Die zunächst abgegebene Erklärung der Landesregierung und der Polizei, Herr *Chungkham Shanjit* sei bei einem Feuergefecht getötet worden, erwies sich als haltlos. Das konkrete Ergebnis aus den bisherigen Aktivitäten staatlicherseits war allerdings keine Anklage gegen die Täter, sondern die Verhaftung des Menschenrechtsverteidigers *Jiten Yumnam* im September 2009, der erst im

Januar 2010 wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. Menschenrechtsorganisationen in Manipur haben eine Liste mit fast 500 toten Zivilisten für das Jahr 2008 erstellt, die das ungeheuerliche Ausmaß solcher Verbrechen verdeutlicht.

Während der Anhörung Indiens vor dem UN-Menschenrechtsrat im sogenannten *Universal Periodic Review*-Verfahren im Jahr 2008 nahmen mehrere Staaten, darunter Großbritannien, auf extralegale Tötungen und das Sonderermächtigungsgesetz Bezug, ohne dass die diplomatischen Vertreter Indiens eine brauchbare Erklärung abgeben konnten. Menschenhandel, insbesondere die erzwungene Verpflichtung von Kindern als Hausbedienstete in Städten wie Kalkutta, Delhi, Hyderabad, Mumbai oder Bangalore, aber auch ins Ausland, ist ein lohnendes und weit verbreitetes Geschäft, ohne dass staatliche Behörden wirkungsvoll dagegen einschritten. Auch werden Kinder entführt, um als Kindersoldaten eingesetzt zu werden.

UN-Organe zum Schutz der Menschenrechte – das UN-Menschenrechtskomitee, der UN-Ausschuss zur Überprüfung des Abkommens gegen Rassismus (CERD) und der UN-Ausschuss zur UN-Kinderrechtskonvention – haben mehrfach darauf hingewiesen, dass der indische Staat seinen Schutzverpflichtungen nicht nachkommt und haben dafür insbesondere AFSPA sowie die Sicherheitskräfte und angegliederte paramilitärische Verbände verantwortlich gemacht. Der UN-Ausschuss zur Überprüfung des Abkommens gegen Rassismus sprach sich zuletzt in seinen Empfehlungen 2007 an die indische Unionsregierung *expressis verbis* für die Abschaffung des AFSPA aus. Das Netzwerk *United NGOs Mission-Manipur* (UNM-M) wandte sich im August 2009 zusammen mit der internationalen NGO *Forest Peoples Programme* an CERD und beantragte, die Überprüfung der Menschenrechtsslage im Nordosten Indiens in das Frühwarn- und Eilaktions-Verfahren des Ausschusses aufzunehmen (*early warning and urgent action procedure*). CERD hatte sich 2008 und im März 2009 unter diesem Verfahren an Indien gewandt, aber keine Antwort erhalten. Das UN-Menschenrechtskomitee (zur Überwachung des Übereinkommens zu zivilen und politischen Rechten) hatte ebenfalls schon bei früheren Gelegenheiten sich gegen den AFSPA ausgesprochen. In gleicher Weise rügen die Mandatsträger der UN-Sonderverfahren (*Special Procedures*; UN-Menschenrechtsrat) das Vorgehen der staatlichen Akteure, so der UN-Sonderberichterstatter zu extralegalen Tötungen, Philip Alston.

Die Unions- wie die Landesregierung sind nicht völlig untätig, sondern richten Untersuchungskommissionen in Fällen ein, soweit diese öffentliche Aufmerksamkeit erregen. In Verbindung mit dem AFSPA unterliegen die Berichte solcher Untersuchungskommissionen jedoch einer strengen Zensur, bleiben intransparent oder werden gar nicht erst veröffentlicht und sind selbst in offenkundigsten Fällen schwerer Menschenrechtsverletzungen folgenlos wie im Fall der Vergewaltigung und Ermordung von *Thangjam Manorama* durch Soldaten der *Assam Rifles* im Juli 2004. So entsteht der Eindruck, die Einrichtung solcher Kommissionen diene allein dem Zweck, die Empörung der Betroffenen abzuschwächen und der Öffentlichkeit staatliches Handeln vorzugaukeln.

Manipur weist eine hohe Dichte an Sicherheitskräften auf; allein die Zahl der regulären Soldaten wird auf rund 50.000 geschätzt, bei einer Gesamtbevölkerung Manipurs von etwa 2,4 Millionen. Die Sicherheitskräfte verbrauchen auch Land und Ressourcen zu Lasten vor allem der kleinbäuerlichen Bevölkerung. Allein in der Nähe der Hauptstadt Imphal wurden auf einer Länge von 5,5 Kilometern (zwischen *Sangakpham Bazaar*, *Koirengei Duck Farm* und *Heingang Constituency*) rund 470 *acres* (knapp 190 Hektar) Ackerland in Beschlag genommen.

Die Menschenrechts- und Nichtregierungsorganisationen in Manipur schreiben regelmäßig Berichte über verletzte Menschenrechte an das Innenministerium des Landes wie der Unionsregierung, ohne dort allerdings groß zur Kenntnis genommen zu werden. Ein probates Mittel, dies zu ändern, ist die Hinzuziehung der internationalen Öffentlichkeit. Indien hält viel auf sein Image als ‚größte Demokratie der Welt‘. In Manipur jedoch verletzen staatliche indische Institutionen internationale Abkommen zum Schutz der Menschenrechte, so dass ein internationales Echo auf solche Vorkommnisse legitim ist. Besonders wichtig ist, dass die Institutionen der UNO zum Zuge kommen, wie etwa Einladungen an die einschlägigen Sonderberichterstatter des UN-Menschenrechtsrates. Wir unterstützen die diesbezügliche Arbeit der Menschenrechtsaktivisten in Manipur mit Nachdruck.

Januar 2010